

Fratzscher, Marcel

Article

Hoffnung auf Aufschwung wird von hoher Verunsicherung gedämpft

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fratzscher, Marcel (2025) : Hoffnung auf Aufschwung wird von hoher Verunsicherung gedämpft, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 92, Iss. 50, pp. 803-804, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-50-1

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/334366>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hoffnung auf Aufschwung wird von hoher Verunsicherung gedämpft

Von Marcel Fratzscher

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahreswechsel in einer Phase ausgeprägter Unsicherheit. Nach mehreren Jahren der Rezession und Stagnation sagt die aktuelle Konjunkturprognose des DIW Berlin zwar eine Erholung voraus, doch ist diese bislang in erheblichem Maße von Hoffnungen getragen. Nach einem realen Wachstum von rund 0,2 Prozent in diesem Jahr dürfte erst in den Jahren 2026 und 2027, mit Zuwächsen von 1,3 beziehungsweise 1,6 Prozent, wieder eine spürbare Dynamik einsetzen. Entscheidend wird sein, ob der erwartete Aufschwung über kurzfristige fiskalische Effekte hinaus Bestand hat und sich zu einem strukturellen und dauerhaften Wachstumspfad entwickelt. Dafür werden nicht nur konsequente Reformen der Bundesregierung, sondern auch ein mutiges Handeln der Unternehmen erforderlich sein.

Der wichtigste Wachstumstreiber im kommenden Jahr sind die deutlich ausgeweiteten öffentlichen Investitionen und vor allem der Staatskonsum. Das Paket zur Modernisierung der Infrastruktur, zur Digitalisierung, Beschleunigung der Energiewende und zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit wirkt kurzfristig konjunkturstützend. Dabei kurbeln zusätzliche Staatsausgaben auch unmittelbar private Investitionen und Konsumausgaben an. Gleichwohl zeigt sich, dass Investitionen des Staates zwar konjunkturelle Impulse setzen, den erheblichen strukturellen Anpassungsbedarf aber nicht obsolet machen. Wenn es nicht gelingt, die Mittel mit hoher Effizienz zu verwenden statt primär konsumtive Ausgaben zu erhöhen, wird ein Teil der Wirkung verpuffen. Neben dem Geld braucht es auch beschleunigte Planungs- und Genehmigungsprozesse und den Abbau vorhandener Kapazitätsengpässe. Der Erfolg staatlicher Investitionsprogramme hängt somit stark von institutionellen Reformen ab.

Die Binnenwirtschaft bleibt ein entscheidender Pfeiler des Aufschwungs. Der Arbeitsmarkt zeigt sich noch stabil und

mit dem Rückgang der Inflation wachsen die Reallöhne wieder spürbar, was grundsätzlich die Voraussetzungen für eine moderate Erholung des privaten Konsums schafft. Dennoch ist das Konsumklima verhalten. Viele Haushalte sind vorsichtig, was auf Sorgen vor einem Arbeitsplatzverlust, anhaltende Unsicherheit bezüglich der Preisentwicklung und auf eine insgesamt gedämpfte wirtschaftliche Stimmung zurückzuführen sein dürfte. Dieser vorsichtige Kurs der Verbraucher*innen begrenzt den Beitrag des Konsums zur gesamtwirtschaftlichen Dynamik. Für die mittlere Frist wird wesentlich sein, ob sich durch steigende Einkommen und eine höhere Planungs- und Preissicherheit das Vertrauen der Konsument*innen nachhaltig festigt.

Gleichzeitig bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld schwierig. Der deutsche Außenhandel leidet weiterhin unter einer schwachen globalen Nachfrage, zunehmendem Protektionismus, geopolitischen Spannungen und einer sinkenden Wettbewerbsfähigkeit vieler Produkte und Unternehmen. Die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft, lange Zeit ein wesentlicher Wachstumsmotor, stößt damit an strukturelle Grenzen. Hinzu kommen tiefgreifende Transformationsprozesse in zentralen Industrien, insbesondere in der Automobil- und Zulieferbranche. Hohe Energiekosten, digitaler Nachholbedarf und ein weltweit intensiver werdender Wettbewerb führen dazu, dass viele Unternehmen Investitionen zurückstellen oder strategisch neu ausrichten. Für die mittlere und lange Frist ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines industriepolitischen Rahmens, der sowohl die Innovationsfähigkeit stärkt als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unterstützt und ihre Resilienz gegenüber globalen Schocks verbessert.

Vor diesem Hintergrund sollte der prognostizierte Aufschwung für 2026 und 2027 nicht als gesicherte Wende interpretiert werden. Die Entwicklung geht zu einem

erheblichen Teil auf staatliche Impulse und temporäre Entlastungseffekte zurück. Die grundlegenden strukturellen Herausforderungen – etwa die demografische Entwicklung, die Energiewende, Defizite bei Innovation und Produktivität sowie der Modernisierungsbedarf staatlicher Institutionen – bleiben weiterhin bestehen. Eine nachhaltige Trendwende setzt voraus, dass private Investitionen wieder deutlich zunehmen, Produktivitätsfortschritte realisiert werden und die Transformation der Wirtschaft in zentralen Bereichen vorankommt. Andernfalls besteht das Risiko, dass die konjunkturelle Dynamik nach Auslaufen der staatlichen Impulse erneut abflacht.

Die Wirtschaftspolitik steht daher vor der Aufgabe, die bestehenden Investitions- und Transformationsbedarfe zu adressieren, ohne die sozialen und fiskalischen Belastungen zu erhöhen. Dies erfordert sowohl eine deutliche Stärkung öffentlicher und privater Investitionen als auch den

Abbau regulatorischer Hürden. Gleichzeitig stellt sich die Frage der Finanzierung dieser Aufgaben. Eine Reform des Steuersystems, insbesondere im Bereich großer Vermögen, Erbschaften und immobilienbezogener Wertzuwächse, kann zusätzliche Spielräume schaffen und gleichzeitig zu größerer Verteilungsgerechtigkeit beitragen. Ebenso notwendig ist der Abbau von Subventionen, die klimapolitisch kontraproduktiv oder ökonomisch ineffizient wirken. Eine stärker zukunftsorientierte Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Instrumente ist unverzichtbar.

Der Ausblick für die Jahre 2026 und 2027 ist grundsätzlich positiv, aber an klare Bedingungen geknüpft. Die Prognosen zeigen eine reale Chance auf wirtschaftliche Erholung, doch ihr Eintreten hängt maßgeblich von politischen Entscheidungen und einer verlässlichen wirtschaftspolitischen Strategie im Inland ab. Hoffnung ersetzt jedoch nicht die Notwendigkeit entschlossenen Handelns.

Marcel Fratzscher ist Präsident im DIW Berlin | mfratzscher@diw.de



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 12. Dezember 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).